

Die mecklenburg-vorpommersche Landtagswahl vom 4. September 2016: Zäsur des regionalen Parteienwettbewerbs und Fortsetzung der Großen Koalition

Martin Koschkar und Christian Nestler*

1. Ausgangslage

Der regionale Parteienwettbewerb in Mecklenburg-Vorpommern ist seit 1998 durch eine starke Rolle der SPD geprägt. Diese hat in wechselnden Koalitionen einen Status als „Landespartei“ erreicht. Nach vier gewonnenen Landtagswahlen konnten die Sozialdemokraten am Ende der 6. Wahlperiode 2016 auf mittlerweile 18 Jahre der Regierungsführung zurückblicken. Die Fähigkeit, Koalitionen sowohl mit der Partei Die Linke als auch mit der CDU bilden zu können, hat die Führungsposition der SPD befördert. Im Zuge der Landtagswahl von 2011 hatte sich dennoch der Trend einer stärkeren Bewegung im Parteienwettbewerb fortgesetzt, der schon 2006 wahrnehmbar war. Ministerpräsident *Erwin Sellering* hatte nach drei Jahren Amtsführung die erste elektorale Bewährungsprobe im Land deutlich für sich entscheiden können. Der Wahlsieg war neben den guten persönlichen Werten des Regierungschefs auch mit der positiv wahrgenommenen Regierungsbilanz zu begründen, die insbesondere die SPD gegenüber dem Juniorpartner CDU für sich verbuchen konnte. Innenminister *Lorenz Caffier* musste das bis dahin schlechteste Wahlergebnis der Union im Nordosten hinnehmen, blieb aber im Kabinett *Sellering II* Innenminister sowie Landesvorsitzender. Bei der Regierungsbildung spiegelte sich das neue Kräfteverhältnis zwischen den Koalitionspartnern durch den Wechsel der Bildungs- und Kulturpolitik in die Riege der SPD-Ministerien wider. Mit der Fortsetzung der Großen Koalition verblieb Die Linke unter dem Fraktionsvorsitz von *Helmut Holter* in der Oppositionsrolle. Die FDP scheiterte in Folge eines negativen Bundestrends deutlich an der Fünf-Prozent-Hürde und musste seit 2011 außerparlamentarisch um öffentliche Aufmerksamkeit kämpfen. Anders entwickelte sich die Rolle der Bündnisgrünen, die nach dem erstmaligen Einzug in den Schweriner Landtag eine wahrnehmbare Oppositionskraft im Parlament werden konnten. Das bis dahin beste Ergebnis von Bündnis 90/Die Grünen in Ostdeutschland wurde 2011 vom positiven Bundestrend und der hohen Glaubwürdigkeit der Partei unter den Rahmenbedingungen von Atomausstieg und beginnender Energiewende getragen. Der rechtsextremen NPD gelang der Wiedereinzug in den Landtag, der somit erneut ein Fünf-Parteien-Parlament darstellte.¹ Gegenüber der NPD-Fraktion wurde das gemeinsame Vorgehen der

* Die Autoren danken *Gudrun Heinrich* und *Jan Müller* für die Unterstützung bei der Erstellung der Studie zur Landtagswahl 2016 in Mecklenburg-Vorpommern und dem hilfreichen Feedback zu diesem Beitrag. Die folgenden Ausführungen nehmen die Studie als Ausgangspunkt und beziehen sich im Besonderen auf *Martin Koschkar* / *Christian Nestler*, Die Landtagswahl 2016 in Mecklenburg-Vorpommern – ein Überblick, in: *Martin Koschkar* / *Jan Müller* / *Christian Nestler* (Hrsg.), Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2016 – Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler, Rostock 2016, S. 9 – 28.

1 Zur Wahl 2011 vgl. *Martin Koschkar* / *Steffen Schoon*, Die mecklenburg-vorpommersche Landtagswahl vom 4. September 2011: Bestätigung der Großen Koalition mit sozialdemokratischem Zugewinn, in: ZParl, 43. Jg. (2012), H. 1, S. 3 – 18.

demokratischen Parteien – der so genannte Schweriner Weg – auch in der abgelaufenen Wahlperiode fortgesetzt. Die rechtsextreme Partei sah sich ab 2013 mit dem Beginn eines Parteiverbotsverfahrens beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe konfrontiert, dessen Hauptverhandlung im März des Wahljahres 2014 stattfand. Der Verlust der sächsischen Landtagsfraktion 2014 war zudem ein Fingerzeig für den Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, der ein neues Konkurrenzverhältnis am rechten Rand des Wählerspektrums mit der Alternative für Deutschland (AfD) offenbarte und gleichzeitig die Schweriner Fraktion zur letzten parlamentarischen Vertretung der Partei auf Landesebene machte.²

Die SPD-CDU-Regierung setzte ihre Arbeit nahezu „geräuschlos“ und mit thematischer Kontinuität fort. Das eigene Lob für die Regierungszeit 2011 bis 2016 wurde nach weiteren fünf Jahren Großer Koalition im Frühjahr 2016 auch von einer Mehrheit in der Bevölkerung geteilt.³ Die Bilanz der Regierung konnte 2016 auf eine weiterhin positive wirtschaftliche Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern mit sinkender Arbeitslosigkeit sowie erstmals seit der Wiedervereinigung positiven Wanderungssaldi der Bevölkerungsentwicklung bauen. Die solide Finanzpolitik ohne Neuverschuldung wurde ebenfalls fortgeführt. Mit der Etablierung eines Energie- und Verkehrsministeriums wurde die Umsetzung der Energiewende zu einem landespolitischen Schwerpunkt der Wahlperiode. Das Ressort wurde ab 2013 vom Chef der Staatskanzlei *Christian Pegel* übernommen, der als Minister auf *Volker Schlotmann* (beide SPD) folgte. Im Zuge der Bundestagswahl wurde zudem durch den Wechsel von *Manuela Schwesig* (SPD) auf die Bundesebene das Sozialministerium mit *Birgit Hesse*, der SPD-Landrätin Nordwestmecklenburgs, besetzt. Mit *Schwesig*, *Pegel*, *Hesse* und *Mathias Brodkorb* als Bildungsminister hat die SPD in Mecklenburg-Vorpommern bereits den perspektivischen Generationswechsel an der Landesspitze mit mehreren personellen Optionen vorbereitet. Davon unabhängig konnte *Erwin Sellering* sein Profil als Ministerpräsident weiter schärfen. Mit der Gründung einer Ehrenamtsstiftung und der Ausrichtung zweier deutsch-russischer Wirtschaftstage setzte der Regierungschef eigene Akzente. Die SPD konnte dabei in den vergangenen fünf Jahren erneut davon profitieren, dass das kritischste Reformvorhaben der Regierung durch das CDU-geführte Justizressort realisiert werden musste: die Gerichtsstrukturreform. Nahezu analog zur Kreisgebietsreform von 2011, die negativ für *Caffier* zu Buche geschlagen hatte, richtete sich der Unmut nun gegen Justizministerin *Uta Maria Kuder*. Der Protest formierte sich parallel zum Beschluss der Reform ab Mitte der Wahlperiode und führte 2015 zum ersten Volksentscheid der Landesgeschichte. Auch wenn die Gegner durch die geringe Beteiligung am Entscheid letztlich unterlagen, verließ das eher unbequeme Thema in der öffentlichen Wahrnehmung mit der Bilanz des Juniorpartners CDU verknüpft.⁴ Die Ergebnisse bei Bundes-, Kommunal- und Europawahlen 2013 und 2014 zeigten jedoch für die Christdemokraten in Mecklenburg-Vorpommern Mobilisierungschancen. In allen drei Wahlen lag die Union vor der SPD.

2 Vgl. *Eckhard Jesse*, Die sächsische Landtagswahl vom 31. August 2014: Zäsur für das Parteiensystem nach der zweiten nicht großen „Großen Koalition“, in: ZParl, 46. Jg. (2015), H 1, S. 3 – 20.

3 Vgl. Bilanz der Landesregierung aus SPD und CDU für die 6. Wahlperiode, Schwerin 2016, <http://www.regierung-mv.de/Landesregierung/stk/Bilanz-6.-Wahlperiode/> (Abruf am 3. Oktober 2016); zur Regierungszufriedenheit vgl. Infratest dimap (Hrsg.), Mecklenburg-Vorpommern-TREND – August I, S. 5 – 6.

4 Vgl. *Ralph Sommer*, Ob Robe oder Talar, ein „Ja“ vereint Würdenträger, in: Nordkurier vom 4. September 2015, S. 4; „Vom Koalitionsvertrag zum Volksentscheid: Chronologie der Gerichtsreform“, in: Nordkurier vom 4. September 2015, S. 4.

Als zentraler Einflussfaktor für das Wahljahr erwies sich ab Herbst 2015 der Umgang mit den Fragen von Flucht, Zuwanderung und Integration. Die polarisierte Stimmungslage um dieses bundespolitische Thema wurde zu einem wesentlichen Mobilisierungseffekt und hatte damit als „themenbezogener Bundestrend“ erheblichen Einfluss auf Parteienwettbewerb, Wahlkampf und Wahlergebnis 2016.

2. Wahlkampf – die „Dynamik des Wahljahres“

Die Landtagswahlen am 13. März 2016 in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt wirkten als Signal für den Wahlkampf im Nordosten. Die AfD hatte bewiesen, dass sie in der polarisierten Stimmungslage der Flüchtlingsfrage mit Protest gegen die Haltung der Bundeskanzlerin Wahlerfolge erreichen kann.⁵ Insbesondere die 24,3 Prozent der Partei in Sachsen-Anhalt veranlassten den Landesverband der AfD in Mecklenburg-Vorpommern hohe Erwartungen zu formulieren. Auf einem Landesparteitag Ende Mai in Binz auf Rügen gab Spitzenkandidat und Landessprecher *Leif-Erik Holm* für Mecklenburg-Vorpommern das Ziel aus, stärkste Fraktion im neuen Landtag zu werden.⁶ Bestätigt wurde die AfD in ihrer Haltung durch die gemessene Stimmung. Bereits im April hatte die Partei mit der Linken in Umfragen gleichgezogen. In der „Dynamik des Wahljahres“ gelang es der AfD, große Aufmerksamkeit in der Landesöffentlichkeit zu erreichen. Die inhaltlichen Schwerpunkte des Wahlprogrammes waren dabei sekundär; die Unmutsmobilisierung gegenüber der Haltung der Bundeskanzlerin, die zudem mit ihrem Heimatwahlkreis in Mecklenburg-Vorpommern eine regionale Angriffsfläche bot, und die Kanalisierung von Politik- und Parteienverdrossenheit gegen die „Altparteien“ waren Hauptmobilisierungseffekte.⁷ Die AfD profitierte dabei von der anhaltenden Bedeutung des Flüchtlingsthemas auf Bundesebene, da die Möglichkeit gewahrt blieb, die öffentliche Debatte im Landtagswahlkampf für die eigene Mobilisierung zu nutzen. Alle Parteien mussten sich zu diesem bundespolitischen Thema positionieren, das als „Metathema“ alle weiteren landesbezogenen Inhalte der heißen Wahlkampfphase überlagerte. Dieser entwickelte sich parallel zu den Schulferien des Landes mit den Kampagnenstarts der Parteien ab Mitte Juli.

Die SPD setzte erneut auf eine klare Personalisierungsstrategie. *Erwin Sellering* konnte in Umfragen seine Herausforderer *Lorenz Caffier* und *Helmut Holter* deutlich distanzieren (vgl. Tabelle 1). Das Motto „Gemeinsam auf Kurs“ richtete sich auf die Leistungsbilanz der Regierung aus. Der Ministerpräsident als „Anker“ der Landesentwicklung in unsicheren

5 Vgl. *Oscar W. Gabriel / Bernhard Kornelius*, Die baden-württembergische Landtagswahl vom 13. März 2016: Es grünt so grün, in: ZParl, 47. Jg. (2016), H. 3, S. 497 – 518; *Heiko Gothe*, Die rheinland-pfälzische Landtagswahl vom 13. März 2016: Populäre SPD-Ministerpräsidentin führt Rheinland-Pfalz in Ampel-Koalition, in: ZParl, 47. Jg. (2016), H. 3, S. 519 – 540; *Everhard Holtmann / Kerstin Völkl*, Die sachsen-anhaltinische Landtagswahl vom 13. März 2016: Eingetürbte Grundstimmung, umgeschichtete Machtverhältnisse, in: ZParl, 47. Jg. (2016), H. 3, S. 541 – 560.

6 Teilnehmende Beobachtung auf dem AfD-Landesparteitag am 28. Mai 2016 in Binz (auf Rügen).

7 Vgl. „Dann soll Merkel zurücktreten“, Interview mit *Leif-Erik Holm*, in: Norddeutsche Neueste Nachrichten vom 18. August 2016, S. 4; *Peter Burghardt*, Gegen die Wand, in: SZ vom 24. August 2016, S. 5. Zur Frustration im ländlichen Raum siehe *Thomas Hahn*, Kannste vergessen, in: SZ vom 1. September 2016, S. 3.

Tabelle 1: Wahrnehmung der Spitzenkandidaten unmittelbar vor der Landtagswahl 2016 (in Prozent)

Name	Partei	Direktwahlfrage	Beurteilung positiv	Beurteilung negativ	Bekanntheit
<i>Erwin Sellering</i>	SPD	65	64	27	92
<i>Lorenz Caffier</i>	CDU	20	49	33	83
<i>Helmut Holter</i>	Linke	–	34	26	61
<i>Silke Gajek</i>	B90/Grüne	–	11	11	23
<i>Leif-Erik Holm</i>	AfD	–	11	21	34
<i>Udo Pastörs</i>	NPD	–	6	59	68

Direktwahlfrage: „Wenn man den Ministerpräsidenten direkt wählen könnte, für wen würden Sie sich entscheiden?“

Beurteilungsfrage: „Ich nenne Ihnen nun einige Politikerinnen und Politiker. Bitte sagen Sie mir für jeden, inwieweit Sie mit dessen politischer Arbeit zufrieden sind. Wenn Sie eine Person nicht kennen oder über sie kein Urteil abgeben können, sagen Sie mir das bitte. Sind Sie mit der politischen Arbeit von ...“.

Quelle: Daten Direktwahl nach Infratest dimap (Hrsg.), Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2016 WahlREPORT, Berlin 2016, S. 30, Beurteilung und Bekanntheit nach dies. (Hrsg.), Mecklenburg-VorpommernTREND, August 2016, S. 5.

Zeiten wurde auf Plakaten und im TV-Spot herausgestellt. *Selling* formulierte in den Monaten vor der Wahl in der Flüchtlingspolitik klare Kritik an *Angela Merkel*, bei der Landesentwicklung wurden eigene Erfolge in den Mittelpunkt gerückt.⁸ Im Wahlkampf gelang der SPD damit erneut eine Mobilisierung. Das Image der „Landespartei“ konnte die Sozialdemokratie im Vergleich zum Koalitionspartner CDU unterstreichen (vgl. Tabelle 2).

Die Union setzte im Wahlkampf auf eine Verbindung des Ressorts des Innenministers mit der thematischen Wahrnehmung der inneren Sicherheit, was sich auch im Wahlprogramm unter dem Titel „Heimat in guten Händen“ widerspiegelte. Trotz der Konsistenz der Kampagne und Kompetenzzuschreibungen bei Fragen von Sicherheit und Kriminalitätsbekämpfung gelang es der CDU ähnlich wie 2011 aber nicht, den eigenen Anteil an der Bilanz der Regierung herauszustellen. Versuche, sich von der Bundespolitik zu distanzieren, wurden bei gleichzeitiger Einbindung der Bundeskanzlerin in den Wahlkampf für *Caffier* zu einem „Kanzlerinnendilemma“.⁹ Die AfD wurde zu einer deutlich wahrnehmbaren Konkurrenz, da sie in der heißen Phase des Wahlkampfes in Umfragen mit der CDU auf gleicher Höhe lag.

Die Linke setzte ähnlich wie 2011 auf einen pragmatischen Kurs mit Kernkompetenzen bei Fragen der sozialen Gerechtigkeit. Der neuerlich zum Spitzenkandidat gewählte *Holter* verknüpfte dabei die klare Kritik an der Arbeit der Landesregierung mit dem pragmatischen

8 Vgl. „Die AfD lebt von Spaltung und Hass“, Interview mit *Erwin Sellering*, in: Tagesspiegel online vom 6. August 2016, <http://www.tagesspiegel.de/politik/spd-in-mecklenburg-vorpommern-die-afd-lebt-von-spaltung-und-hass/13977284.html> (Abruf am 20. August 2016).

9 Vgl. *Frank Pergande*, Die Unsichtbare, in: FAZ vom 17. August 2016, S. 4; *Daniela Vates*, Ein Hauch von Unheil, in: Berliner Zeitung vom 19. August 2016, S. 3; *Peter Burghardt*, Wahlkampf in der Wagenburg, in: SZ vom 19. August 2016, S. 5; *Frank Pergande*, Blumen und Wurstkorb voran, in: FAZ vom 20. August 2016, S. 4; *Hannes Stepputat*, Der Wahlkampf eines widersprüchlichen Mannes, in: taz vom 2. August 2016, S. 3.

Tabelle 2: Kompetenzzuschreibungen der Parteien 2016 im Vergleich zu 2011 (in Prozent)

Themenfeld	SPD	CDU	Linke	B90/Grüne	AfD	Keiner / weiß nicht
Wirtschaft	35 (-1)	36 (+3)	4 (-1)	2 (±0)	4	14 (-5)
Arbeitsplätze	36 (+1)	30 (+5)	7 (±0)	2 (-1)	4	17 (-5)
Soziale Gerechtigkeit	38 (-5)	12 (+2)	25 (+3)	3 (±0)	6	12 (-4)
Bildung	37 (-2)	19 (+3)	18 (+1)	4 (±0)	5	13 (-5)
Kriminalität*	25	36	4	0	11	18
Familie/Kinder	45 (+4)	12 (-5)	19 (+2)	4 (-2)	7	10 (-2)
Löhne	36 (+3)	17 (+3)	17 (-4)	2 (±0)	5	19 (-5)
Energiepolitik	26 (+2)	21 (+3)	5 (+1)	23 (-8)	5	16 (-4)
Sicherheit*	28	32	8	1	10	15
Wichtigste Aufgaben für MV	40 (±0)	22 (+2)	8 (±0)	3 (±0)	6	17 (-7)

Anmerkung: Zahl in Klammern = Veränderung zu 2011; * = keine Vergleichswerte zu 2011; Kriminalität beschrieben als „Kriminalität und Verbrechen in Mecklenburg-Vorpommern bekämpfen“ und Sicherheit als „dafür sorgen, dass man hier sicher leben kann“.

Quelle: Eigene Darstellung nach Infratest dimap (Hrsg.), Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2016 WahlREPORT, Berlin 2016, S. 23 sowie nach Infratest dimap unter <https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-09-04-LT-DE-MV/umfrage-kompetenz.shtml> (Stand vom 13. September 2016).

inhaltlichen und personellen Angebot, als potentieller Juniorpartner in ein rot-rotes Bündnis einzutreten.¹⁰

Bündnis 90/Die Grünen konnten 2016 weniger vom Bundestrend der Partei profitieren. Das Thema Energiepolitik stand im Wahlkampf deutlich zurück und war in der öffentlichen Wahrnehmung auch als Teil der Leistungsbilanz der Regierung über das Energieministerium in der Kompetenzwahrnehmung mit der SPD verbunden. Dennoch zeigte das Wahlprogramm die Weiterentwicklung des Landesverbandes auf Basis der fünfjährigen Arbeit der ersten bündnisgrünen Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern.¹¹ Konzepte und Entwürfe der Fraktion erweiterten die Programmgestaltung im Vergleich zu vorherigen Wahlen. Die Partei positionierte sich im Wahlkampf deutlich gegen die AfD und zeigte sich für eine mögliche Regierungsbeteiligung in einem rot-rot-grünen Dreierbündnis gesprächsbereit.

Die NPD sah sich im Wahlkampf bei der möglichen Bindung von Wählern des rechten Spektrums und bei der Mobilisierung von Protest mit der neuen Konkurrenz der AfD konfrontiert. Spitzenkandidat wurde erneut der Fraktionsvorsitzende im Schweriner Landtag *Udo Pastörs*. Die Partei versuchte über Plakate und Slogans, die Flüchtlingsfrage für sich nutzbar zu machen, indem vor „Rapefugees“ gewarnt und mit „Unser Volk braucht Zukunft – keine Einwanderung“ geworben wurde.¹²

10 Vgl. *Uwe Reissenweber*, Mit „Kapitän“ Holter steuert die Linke in den Wahlkampf, in: Ostsee Zeitung vom 11. Januar 2016, S. 4; „Opposition können wir sowieso“, Interview mit *Heidrun Bluhm* (Die Linke), in: Schweriner Volkszeitung vom 9. Januar 2016, S. 4.

11 Vgl. *Anke Lübbert*, Regieren oder wieder rausfliegen, in: taz vom 23. August 2016, S. 6; „Bei wechselnden Winden Kurs halten“, Interview mit *Silke Gajek* (Bündnis 90/Die Grünen), in: Ostsee Zeitung vom 13. August 2016, S. 5.

12 *Gudrun Heinrich*, Die NPD – Eine Bewegungspartei verlässt die parlamentarische Bühne, in: *Martin Koschkar / Jan Müller / Christian Nestler* (Hrsg.), a.a.O. (*-Fn.), S. 75 – 83.

Die FDP kämpfte aus der außerparlamentarischen Opposition primär um die öffentliche Wahrnehmung. Mit einer jungen Spitzenkandidatin und den neuen Farben und Motiven der *Lindner-FDP* auf Bundesebene wurde versucht, „Das junge MV“ anzusprechen. Darüber hinaus positionierte sich die Partei auch gegen die AfD.¹³ Anders als in Bremen oder Hamburg, wo ähnliche Strategien 2015 zu Erfolgen geführt hatten, reichte der Ansatz in einem ostdeutschen Flächenbundesland nicht für eine stärkere Aufmerksamkeit aus, die sich in Umfragen vor dem Wahltag hätte niederschlagen können. Trotz verbesserter Rahmenbedingungen im Bundestrend schafften es die Liberalen im Nordosten nicht, das entscheidende Momentum für einen Wiedereinzug in den Landtag zu entwickeln.

Für die Wahltagsmobilisierung kristallisierte sich in der heißen Phase des Wahlkampfes die mögliche Stärke der AfD als Hauptfaktor heraus. Der Dreikampf von SPD, CDU und AfD spitzte sich in der Schlussphase sowohl in der öffentlichen Wahrnehmung als auch in der medialen Berichterstattung zu.¹⁴ Die Linke oder die Bündnisgrünen schieden als Akteure zur Verhinderung eines AfD-Wahlsieges aus. Die Möglichkeit der AfD, eventuell mit den Erfahrungen der Märzahlen erstmals die Kanzlerinnenpartei zu schlagen und vielleicht sogar stärkste Kraft zu werden, prägte die Beachtung der Partei und auch die potentielle Gegenmobilisierung. *Sellering* und die SPD erschienen in der Bevölkerung letztlich als Garant, einen möglichen AfD-Wahlsieg abzuwenden.

3. Das Wahlergebnis vom 4. September 2016

Der Ausgang der mecklenburg-vorpommerschen Landtagswahl 2016 war eine Zäsur im regionalen Parteienwettbewerb. Die Dynamik des Wahljahres hat, wie zuvor in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt, die rechtspopulistische AfD als Folge einer breiten Unmutsmobilisierung mit einem signifikanten Zweitstimmenergebnis in das regionale Parlament gespült. Konkret gelang es ihr, mit 20,8 Prozent erstmals seit ihrem Bestehen stärker als die CDU abzuschneiden. Allerdings blieb sie anders als bei vorherigen Gelegenheiten hinter ihren besten Umfrageergebnissen zurück. Einzig die Sozialdemokraten und ihr Spitzenkandidat *Erwin Sellering* vereinten mehr Stimmen auf sich (vgl. Tabelle

13 Vgl. *Lisa Kleinpeter*, Ein Hauch von Frankreich für den Landtag, Interview mit *Cécile Bonnet-Weidhofer* (FDP), in: Norddeutsche Neueste Nachrichten vom 12. August 2016, S. 4; *Tobias Heimbach*, Französische „Fortschrittsbeschleunigerin“ für Schwerin, in: Die Welt vom 31. August 2016, S. 4.

14 Rückblickend vom Wahltag, vgl. *Frank Pergande*, Im Zweifel immer dagegen, in: FAZ vom 3. September 2016, S. 4; *Matthias Kamann*, Rechte Gemeinsamkeiten im Nordosten, in: Die Welt vom 2. September 2016, S. 5; *Sabine am Orde*, Ganz lässig und eingängig, in: taz vom 2. September 2016, S. 3; *Martin Machowecz*, In aussichtsreicher Lage, in: Die Zeit vom 1. September 2016, S. 12; *Bernhard Honnigfort*, Unwetterwarnung, in: Berliner Zeitung vom 31. August 2016, S. 3; *Katharina Schuler*, Bloß nicht schwächer als die AfD, in: Die Zeit online vom 30. August 2016, <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-08/cdu-angela-merkel-wahlkampf-mecklenburg-vorpommern-schwerin-afd> (Abruf am 12. Dezember 2016); *Anja Maier*, Der Systemfehler, in: taz vom 27. August 2016, S. 19; *Peter Burghardt*, a.a.O. (Fn. 7); *Hannes Stepputat*, Völkisch auch im Nordosten, in: taz vom 23. August 2016, S. 6; *Daniel Friedrich Sturm*, Fast jeder Vierte im Nordosten will rechts wählen, in: Die Welt vom 19. August 2016, S. 4; *Friederike Haupt*, Wie die AfD zur stärksten Kraft in Schwerin werden will, in: FAZ online vom 15. August 2016, <http://www.faz.net/aktuell/politik/wahl-in-mecklenburg-vorpommern/so-stellt-sich-holm-die-zukunft-der-afd-vor-14386196.html> (Abruf am 26. Oktober 2016).

Tabelle 3: Ergebnisse der Landtagswahl 2016 in Mecklenburg-Vorpommern (mit den Veränderungen zu 2011)								
	Erststimmen		Zweitstimmen				Mandate	
	absolut	prozentual	absolut		prozentual			
SPD	236.319	29,4	246.395	(+4.144)	30,6	(-5,0)	26	(-1)
CDU	175.057	21,8	153.115	(-3.854)	19,0	(-4,0)	16	(-2)
Linke	119.374	14,9	106.256	(-19.272)	13,2	(-5,2)	11	(-3)
B90/Grüne	38.613	4,8	38.836	(-20.168)	4,8	(-3,9)	0	(-7)
FDP	26.910	3,4	24.521	(+5.578)	3,0	(+0,2)	0	(0)
AfD	175.850	21,9	167.852	(+167.852)	20,8	(+20,8)	18	(+18)
NPD	–	–	24.322	(-16.320)	3,0	(-3,0)	0	(-5)
Sonstige	25.377	3,1	45.140	(+7.102)	5,6	(+0,1)	0	(0)
Quelle: Eigene Darstellung nach den Daten der Landeswahlleiterin Mecklenburg-Vorpommern.								

3). Die seit 1998 als Landespartei in koalitionsstrategisch günstiger Mittellage agierende SPD konnte ihre Rolle im Bundesland somit behaupten. Allerdings sind die Möglichkeiten für Mehrheitsbildungen durch die Stärke der nicht koalitionsfähigen AfD eingeschränkt beziehungsweise nicht mehr so komfortabel wie in der Vergangenheit.

Die Steigerung der Wahlbeteiligung um 10,4 Punkte auf 61,9 Prozent ergab sich nach demselben Muster wie bei den vorangegangenen Wahlen des Jahres. Mobilisierung und Gegenmobilisierung in Reaktion auf die Polarisierung der Gesellschaft im Umgang mit einem aktuellen Querschnittsthema zeitigten ein vergleichbares Ergebnis. Die Wählerwanderung (vgl. Tabelle 4) zeigte analog eine von allen Parteien kommende Bewegung zur AfD und einen entgegengesetzten Strom, der bei der SPD und dem amtierenden Ministerpräsidenten Sicherheit und Stabilität in der gegenwärtigen Lage und wider die Rechtspopulisten erwartete.

Ein prozentualer Stimmenverlust für alle von 2011 bis 2016 im Landtag vertretenen Parteien verdeutlicht das Maß der Veränderung im Wählerverhalten. Darüber hinaus scheiterte die Partei Bündnis 90/Die Grünen mit rund 1.500 Stimmen knapp an ihrem ersten Wiedereinzug und die rechtsextreme NPD ist nach zwei Wahlperioden unter der „Doppelbelastung“ des laufenden Verbotsverfahrens und der Konkurrenz am Wählermarkt auf ihre Kernklientel deutlich unter fünf Prozent zusammengeschrumpft.

Tabelle 4: Wählerwanderung zwischen den Landtagswahlen 2011 und 2016 (Angaben: Saldo in absoluten Stimmen)						
	SPD	CDU	Linke	B90/Grüne	AfD	Nichtwähler
SPD		-1.000	+3.000	+10.000	-15.000	+19.000
CDU	+1.000		±0	+1.000	-22.000	+21.000
Linke	-3.000	±0		+1.000	-16.000	+9.000
B90/Grüne	-10.000	-1.000	-1.000		-3.000	±0
AfD	+15.000	+22.000	+16.000	+3.000		+55.000
Nichtwähler	-9.000	-21.000	-9.000	±0	-55.000	
Anmerkung: Leserichtung von links nach rechts.						
Quelle: Eigene Darstellung nach den Daten von Infratest dimap, auch abrufbar unter http://wahl.tageschau.de/wahlen/2016-09-04-LT-DE-MV/index.shtml (Abruf am 2. Februar 2017).						

Bei dieser Wahl stieg die Volatilität¹⁵ um 50 Prozent. Trotz des allgemein von größeren Schwankungen geprägten ostdeutschen Parteienwettbewerbs ist diese Entwicklung bemerkenswert.¹⁶

3.1. Regionale Strukturmuster des Wahlverhaltens

Die regionalen Strukturmuster des Wahlverhaltens erwiesen sich seit 1990 als sehr langlebig. Der Erfolg eines neuen Akteurs impliziert jedoch eine temporäre Abweichung von dieser Stabilität (vgl. Tabelle 5); tatsächlich zeigen sich gleichwohl Gemeinsamkeiten zu 2011 und Kontinuitäten in der Langzeitbetrachtung seit 1990.¹⁷ Das Hinzutreten der AfD bewirkt Verschiebungen des Wählerverhaltens besonders in ländlichen Regionen beziehungsweise kleinen Gemeinden und in Vorpommern. Sie erhält dort Zuspruch, wo traditionell die CDU stark war: AfD-Kandidaten holten etwa die Direktmandate in Vorpommern-Greifswald II (*Matthias Manthei*), III (*Ralph Weber*) und V (*Jürgen Strohschein*). Bundesweite Aufmerksamkeit hatten die zum Teil über 40 Prozent der Zweitstimmen bei gleichzeitig über fünf Prozent für die NPD auf Usedom erregt. Insgesamt können die Rechtspopulisten in urbanen Zentren zwar nicht in gleicher Weise reüssieren, sind aber trotzdem in beinahe allen Gemeinden des Bundeslandes mit einem zweistelligen Zweitstimmenergebnis eingekommen. Ins Auge fällt, dass die SPD trotz der Veränderungen ihren Status als Mecklenburg-Partei erhalten konnte, während die CDU zumindest kurzfristig ihre strukturelle Verankerung in Vorpommern eingebüßt hat. Die Mobilisierung der Sozialdemokratie zeigt sich auch darin, dass alle Abgeordneten der neuen Wahlperiode Gewinner eines Direktmandates sind. Besonders eindrucksvoll ist in diesem Zusammenhang *Patrick Dahle*, der in Vorpommern-Greifswald IV – seit 1990 CDU-Stammland – gewinnen konnte. Der junge Sozialdemokrat war 2014 in den Landtag als „Nachrücker“ eingezogen und hatte bereits 2013 durch das entschiedene Auftreten gegen die NPD bundesweit Schlagzeilen gemacht.¹⁸ Selbst Die Linke, die Bündnisgrünen und die FDP erhalten ihre Strukturen im Sinne der regionalen Verteilung, erleben aber ebenfalls flächendeckend Einbußen. Bei den Liberalen ist nach dem Tiefpunkt von 2011 von einer Normalisierung auf niedrigem Niveau zu sprechen.

Die regionalen Strukturmuster zeigen sich im Blick auf Hochburgen und Diaspora-Gebiete der Parteien wie oben für die regionalen Kontexte beschrieben (vgl. Tabelle 6). We-

15 Diese berechnet sich entsprechend der Methode nach *Mogens N. Pedersen* als Addition aller Veränderungen der Mandate oder des Wahlergebnisses zum letzten Datenpunkt (Wahltag), ohne Einbeziehung des Vorzeichens, geteilt durch zwei. Siehe hierzu *Mogens N. Pedersen*, *The Dynamics of European Party Systems. Changing Patterns of Electoral Volatility*, in: *European Journal of Political Research*, 7. Jg. (1979), H. 1, S. 1 – 26.

16 Vgl. *Martin Koschkar* / *Christian Nestler*, a.a.O. (*-Fn.), S. 22 f.

17 Vgl. *Steffen Schoon*, *Wählerverhalten und politische Traditionen in Mecklenburg und Vorpommern (1871-2002). Eine Untersuchung zur Stabilität und strukturellen Verankerung des Parteiensystems zwischen Elbe und Ostsee*, Düsseldorf 2007; *ders.*, *Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2011 – regionale und soziale Strukturmuster des Wählerverhaltens*, in: *Martin Koschkar* / *Christopher Scheele* (Hrsg.), *Die Landtagswahl 2011 in Mecklenburg-Vorpommern – Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler*, Rostock 2011, S. 18 – 31.

18 Vgl. *Gabriel Kords*, *Er will doch nur helfen*, in: *Die Zeit* vom 15. Dezember 2016, S. 12.

Tabelle 5: Landtagswahlergebnisse 2016 in regionalen Kontexten

	Wahlbeteiligung	SPD	CDU	Linke	FDP	B90/ Grüne	NPD	AfD
MV gesamt	61,9 (+10,4)	30,6 (-5,0)	19,0 (-4,0)	13,2 (-5,2)	3,0 (+0,2)	4,8 (-3,9)	3,0 (-3,0)	20,8 (+20,8)
Mecklenburg	57,7 (+8,3)	33,1 (-5,1)	18,2 (-2,8)	13,4 (-4,8)	2,9 (+0,2)	5,0 (-3,9)	2,7 (-2,5)	19,4 (+19,4)
Vorpommern	53,6 (+8,5)	24,9 (-4,3)	20,4 (-6,6)	12,2 (-6,8)	3,1 (+0,1)	4,4 (-3,5)	4,2 (-4,1)	25,0 (+25,0)
bis 2.000 Wahlberechtigte	54,3 (+6,7)	28,7 (-5,9)	20,5 (-5,2)	11,3 (-5,3)	3,0 (-0,2)	3,8 (-3,6)	3,7 (-3,6)	23,2 (+23,2)
bis 8.000 Wahlberechtigte	52,3 (+7,4)	31,3 (-5,4)	20,1 (-4,7)	11,8 (-5,8)	2,8 (-0,1)	3,3 (-3,5)	3,7 (-2,7)	22,0 (+22,0)
bis 25.000 Wahlberechtigte	55,5 (+8,6)	30,5 (-6,7)	18,5 (-4,0)	13,7 (-5,7)	2,7 (+0,2)	3,4 (-3,2)	3,7 (-3,3)	22,4 (+22,4)
über 25.000 Wahlberechtigte	62,1 (+10,4)	32,0 (-3,2)	16,8 (-2,4)	15,1 (-4,9)	3,2 (+0,8)	7,2 (-4,7)	2,0 (-2,5)	18,2 (+18,2)

Anmerkung: Zweitstimmenanteile in Prozent mit den Veränderungen (\pm) zu 2011 darunter in Klammern. Gemeindeebene (N = 753). Alle Berechnungen unterhalb der Landesebene ohne Briefwähler in den amtsangehörigen Gemeinden, weshalb Werte vom Landesniveau abweichen, aber dennoch vergleichende Aussagen über den jeweiligen Kontext ermöglichen.

Quelle: Eigene Berechnung auf Grundlage der amtlichen Endergebnisse.

sentlich ist, dass dort, wo die AfD besonders stark ist, die NPD dennoch fünf Prozent der Zweitstimmen erreichen konnte. Weiterhin fallen die enormen Verluste für CDU und Bündnisgrüne in ihren Hochburgen auf, während beide Parteien in ihren Diasporagebieten vergleichsweise wenig verlieren. Ein gegenläufiger Effekt zeigt sich bei der SPD, die sowohl in Hochburgen als auch in Diasporen Stimmen einbüßt. Dabei ist die Wählerwanderung innerhalb des Linken Lagers besonders von den Bündnisgrünen zur SPD ebenfalls sichtbar. Die Linke liegt in ihren Topgemeinden nur gut zwei Prozentpunkte über ihrem Landesergebnis. Dies zeigt, dass die Partei weiterhin in urbanen Räumen stärker als auf dem Land ist, insgesamt aber im ganzen Bundesland gleichmäßig Zuspruch erhalten hat.

3.2. Das Wahlergebnis in den sozialen Gruppen

Hinsichtlich der Wahlentscheidung nach Alter und Geschlecht ist es der SPD wie 2011 gelungen, ihre fragile Wählerschaft zu mobilisieren (vgl. Tabelle 7). Dabei ist weiterhin ein deutlicher Überhang bei Älteren und bei Frauen zu sehen. Trotz des höchsten Zuspruchs in der Jung- und Erstwählerschaft ist die Gewinnung neuer Wählerinnen und Wähler perspektivisch die Herausforderung für die Sozialdemokratie in Mecklenburg-Vorpommern. Die Union und die Bündnisgrünen verlieren besonders in den mittleren, Die Linke in den höheren Alterskohorten an Zuspruch. Die FDP erhält ihr Profil von 2011 und kann es sogar stärken. Der NPD gelingt es zwar nur, zwei Prozent Frauen und drei Prozent Männer in der Gesamtbevölkerung anzusprechen; hier kann allerdings von einer verfestigten Klientel gesprochen werden. Die AfD ist anders als beispielsweise in Sachsen-Anhalt nicht die Partei der Jung- und Erstwähler; vielmehr schneidet sie im Segment der 25- bis 59-Jährigen

Tabelle 6: Landtagswahlergebnisse 2016 in politischen Kontexten¹

	Wahlbeteiligung		SPD		CDU		Linke		FDP		BS90/Grüne		NPD		AfD	
	%	Diff. ²	%	Diff. ²	%	Diff. ²	%	Diff. ²	%	Diff. ²	%	Diff. ²	%	Diff. ²	%	Diff. ²
MV gesamt ²	61,9	+10,4	30,6	-5,0	19,0	-4,0	13,2	-5,2	3,0	+0,2	4,8	-3,9	3,0	-3,0	20,8	
Wahlbeteil. hoch	63,1	+6,7	31,7	-5,6	18,1	-4,6	14,3	-2,9	3,0	+0,2	6,1	-2,9	2,2	-3,4	19,0	
Wahlbeteil. niedrig	45,5	+5,8	29,5	-6,4	19,1	-5,6	12,1	-6,2	2,8	-0,2	3,1	-2,5	4,0	-3,6	23,6	
SPD-H.	56,3	+8,8	36,4	-7,0	17,6	-2,5	12,1	-4,4	2,9	+0,2	4,4	-2,6	2,9	-2,6	18,4	
SPD-D.	52,5	+5,3	20,2	-7,0	21,1	-7,9	12,0	-6,5	3,0	+0,3	3,1	-4,9	5,9	-2,7	28,6	
CDU-H.	54,6	+8,0	27,0	-2,8	26,3	-8,1	10,6	-5,3	2,8	+0,1	3,5	-1,8	2,9	-4,2	21,9	
CDU-D.	58,0	+8,0	32,3	-6,1	15,3	-2,7	15,3	-4,5	3,0	+0,5	5,4	-4,3	3,2	-2,4	20,0	
Linke-H.	58,6	+10,5	31,3	-2,4	17,2	-3,3	15,7	-6,4	2,9	+0,4	5,5	-3,3	2,5	-3,9	19,4	
Linke-D.	54,0	+5,0	30,8	-7,0	21,6	-5,2	8,2	-3,8	3,3	-0,1	3,5	-4,0	3,7	-3,6	22,9	
FDP-H.	57,0	+10	29,8	-5,2	18,9	-5,7	11,9	-4,8	4,3	-0,8	5,2	-1,0	3,0	-3,9	21,6	
FDP-D.	51,5	+3,1	28,8	-6,7	19,6	5,6	12,3	-6,4	1,4	±0	3,0	-3,0	4,8	-3,2	23,6	
Grüne-H.	60,3	+8,7	31,6	-3,5	17,8	-2,6	13,9	-4,9	3,1	+0,4	7,0	-4,9	2,1	-2,6	18,9	
Grüne-D.	51,0	+6,9	27,7	-4,5	20,0	-7,0	12,0	-7,9	2,5	-0,1	1,7	-1,9	5,7	-4,0	24,4	
NPD-H.	52,4	+6,8	26,7	-4,2	18,2	-6,6	12,5	-6,3	2,7	±0	2,5	-2,1	7,6	-5,6	24,7	
NPD-D.	60,8	+9,3	31,3	-4,1	18,5	-2,6	14,1	-4,9	3,2	+0,5	6,8	-4,6	1,6	-2,4	19,0	
AfD-H.	51,1		23,2		18,5		11,9		2,8		3,0		5,1		30,1	
AfD-D.	60,1		33,5		17,6		14,2		3,1		6,5		2,4		17,0	

Anmerkung: Mittelwerte der Zweitstimmenanteile in Prozent. Gemeindeebene (N = 753). Ohne Briefwähler in den amtsangehörigen Gemeinden.

1 Hochburgen (H.) und Diaspora (D.): jeweils das Viertel der Gemeinden mit den höchsten beziehungsweise niedrigsten Ergebnissen. Als politischer Kontext ist die Fähigkeit zu verstehen, dass Parteien in ihren Hochburgen und Diaspora abweichend vom Landesergebnis stärker oder schwächer mobilisieren können. Der Vergleichswert von 2011 ist in der Berechnung ohne den Wahlkreis Rügen I einbezogen.

2 Veränderungen gegenüber 2011 in Prozentpunkten in den politischen Kontexten von 2011 (Wahlergebnis).

Quelle: Eigene Berechnung auf Grundlage der amtlichen Endergebnisse.

Tabelle 7: Wahlentscheidung 2016 und Veränderungen zu 2011 nach Alter und Geschlecht

	SPD		CDU		Linke		FDP		B90/Grüne		NPD		AfD
	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	
MV gesamt	30,6	-5,0	23,0	-4,0	13,2	-5,2	3,0	+0,2	4,8	-3,9	3,0	-3,0	20,8
18 bis 24 Jahre	21	-3	15	-1	15	+1	4	+1	10	-2	6	-8	15
25 bis 34 Jahre	24	-3	16	-7	11	-1	3	-1	7	-5	7	-5	21
35 bis 44 Jahre	25	-5	20	-5	10	-3	4	–	6	-6	4	-4	24
45 bis 59 Jahre	29	-5	20	-3	12	-8	3	–	5	-4	2	-4	23
60 und älter	39	-6	19	-5	16	-5	2	+1	2	-2	1	-	18
Frauen	34	-6	20	-3	14	-4	3	–	5	-4	2	-2	16
18 bis 24 Jahre	20	-7	15	-2	15	2	4	–	13	-2	–	–	13
25 bis 34 Jahre	27	-1	15	-7	12	-1	3	-1	8	-6	–	–	17
35 bis 44 Jahre	27	-5	22	-3	11	-4	4	+1	7	-6	–	–	18
45 bis 59 Jahre	32	-6	21	-1	13	-7	3	–	5	-4	–	–	18
60 und älter	42	-6	20	-4	16	-3	2	–	3	-2	–	–	14
Männer	27	-5	19	-5	13	-6	3	–	4	-4	3	-5	25
18 bis 24 Jahre	22	+1	15	-1	14	+1	5	+1	8	-3	–	–	16
25 bis 34 Jahre	21	-4	17	-6	11	-1	4	–	6	-5	–	–	25
35 bis 44 Jahre	22	-5	18	-8	10	-2	4	–	5	-6	–	–	29
45 bis 59 Jahre	26	-4	20	-5	11	-9	3	–	6	-3	–	–	27
60 und älter	35	-6	18	-5	17	-7	3	+1	2	-3	–	–	22
Quelle: Infratest dimap (Hrsg.), Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern WahlREPORT, Berlin 2016, S. 36 – 50. Die Daten zur NPD abrufbar unter: http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-09-04-LT-DE-MV/index.shtml (Abruf am 26. Oktober 2016).													

im Vergleich zum Landesergebnis überdurchschnittlich ab. Dabei hat sie einen klaren Überhang in der männlichen Wählerschaft.

Betrachtet man die Wählerschaft nach Schulbildung, Berufsstruktur und Konfession, sind auf unterschiedlichen Niveaus die SPD und die CDU als Volksparteien zu erkennen (vgl. Tabelle 8). Es gelingt ihnen besonders bei der Bildung durch alle Gesellschaftsschichten hindurch, Wähler anzusprechen. Bei den etablierten Parteien stellen sich die Verluste zu 2011 sonst weitestgehend als Gewinne für die AfD dar. Typische Klientele, wie etwa die höher Gebildeten bei den Bündnisgrünen, sind indes genauso erkennbar wie ein Überhang an konfessionell Gebundenen bei der CDU oder Beamte sowie Selbstständige bei der FDP.

Die AfD zieht vor allem formal niedriger Gebildete und Arbeiter sowie Arbeitslose an. Erstmals hat sie zusätzlich eine Mehrheit der Selbstständigen für sich einnehmen können. Eine mögliche „prekäre Selbstständigkeit“¹⁹ in Mecklenburg-Vorpommern könnte hierfür

19 Gemeint ist die Differenz im Charakter der Selbstständigkeit zwischen den östlichen sowie den westlichen und südwestlichen Bundesländern. Sowohl in der reinen Anzahl gibt es hier Unterschiede als auch im Vorhandensein von Ressourcen. Empirisches Material findet sich unter anderem in den Armuts- und Reichtumsberichten der Bundesregierung. Siehe allgemein Patrick Spät, Freie Knechte, in: Zeit online vom 17. Juni 2016, <http://www.zeit.de/karriere/beruf/2016-06/selbststaendigkeit-freiberufler-soziale-absicherung/komplettansicht> (Abruf am 2. Februar 2017).

Tabelle 8: Wahlentscheidung 2016 und Veränderungen zu 2011 nach sozialen Gruppen

	SPD		CDU		Linke		FDP		B90/Grüne		NPD		AfD
	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	Diff.
MV gesamt	30,6	-5,0	19,0	-4,0	13,2	-5,2	3,0	+0,2	4,8	-3,9	3,0	-3,0	20,8
Schulbildung*													
Hauptschule	35	-10	20	-4	11	-4	3	–	3	–	7	-1	18
Mittlere Reife	29	-5	19	-6	12	-5	2	–	3	-4	3	-6	26
Abitur	31	-3	19	-2	14	-4	4	–	7	-4	2	-3	15
Hochschule	33	+1	20	-5	17	-4	3	–	10	-4	1	–	13
Tätigkeit													
Arbeiter	27	-9	14	-8	10	-7	2	–	3	-3	5	-8	33
Angestellte	30	-3	21	-2	13	-6	4	–	7	-5	2	-3	17
Beamte	31	-8	30	-3	8	–	6	+1	8	-1	1	-2	13
Selbständige	19	+1	24	-11	9	-2	5	-2	7	-9	4	-1	27
Rentner	39	-6	19	-5	16	-7	2	+1	2	-3	2	±0	19
Arbeitslose	22	-11	13	±0	15	-4	2	–	5	-1	10	-8	29
Gewerkschaft*													
Mitglied	35	-5	15	–	17	-7	2	–	4	-5	2	-4	21
kein Mitglied	29	-6	19	-4	13	-6	3	+1	5	-4	3	-3	21
Arbeiter*													
Gewerk.-Mitglied	35	-8	13	–	16	-7	3	+1	3	-3	3	-7	25
kein Mitglied	27	-11	16	-5	13	-7	2	–	3	-3	5	-3	28
Angestellte*													
Gewerk.-Mitglied	36	-4	14	-1	20	-4	2	–	5	-7	1	-1	18
kein Mitglied	32	-5	19	-1	13	-7	3	–	6	-4	2	-3	19
Konfession*													
evangelisch	31	-6	28	-7	7	-4	3	+1	7	-	2	-1	17
katholisch	26	-4	37	+1	8	+2	3	-1	6	-6	2	-5	14
keine / andere	31	-4	16	-4	16	-5	3	–	5	-4	3	-5	22
Quelle: Infratest dimap (Hrsg.), WahlREPORT Mecklenburg-Vorpommern, Berlin 2016, S. 36 – 50.													
* Forschungsgruppe Wahlen (Hrsg.), Wahl in Mecklenburg-Vorpommern, Bericht Nr. 165, S. 46 – 49.													

eine Erklärung sein. Der Status als Gewerkschaftsmitglied hat keinen Einfluss auf die AfD-Wahlneigung. Bei den konfessionell Gebundenen ist die AfD klar unterrepräsentiert.

4. Regierungsbildung und Oppositionsformierung

Nach dem Wahltag begann der amtierende Ministerpräsident mit seiner Partei Sondierungsgespräche mit der Linken und der CDU. Ersteres Bündnis hätte rechnerisch eine Mehrheit von einer Stimme im neuen Landtag. Eine Fortsetzung der Großen Koalition, wie nach Ende der Sondierungen angestrebt, entsprach trotz der Reduzierung der Koalition von 45 auf 42 Abgeordnete nicht nur der Wählerpräferenz laut Meinungsforschung, sondern war in diesem Sinne auch die sicherere Option im Vergleich zu einem rot-roten Bündnis.

Die Koalitionsverhandlungen zwischen Sozial- und Christdemokraten erstreckten sich über etwa einen Monat und fanden ihr erfolgreiches Ende mit der Vorstellung des neuen Kabinetts (vgl. Tabelle 9) und der Zustimmung zweier Sonderparteitage am 22. Oktober 2016 zum Koalitionsvertrag. Dieser lässt sich als Fortsetzung der Zusammenarbeit aus den vergangenen Wahlperioden sowie als eine den Machtverhältnissen zwischen den Partnern entsprechende Einbringung von Punkten aus den beiden Wahlprogrammen lesen. Eine Besonderheit, die sich bereits in der Präambel findet, ist der Gedanke der Durchführung von Bürgerversammlungen, bei denen „jede Ministerin und jeder Minister zweimal jährlich [...] zu aktuellen Fragen und Vorhaben ihres/seines Ressorts Rede und Antwort stehen“²⁰ soll. Neben diesem Aspekt neuer Vermittlungsformate erscheint die Etablierung eines Parlamentarischen Staatssekretärs für Vorpommern als weitere personelle und strukturelle Veränderung der Regierung im Vergleich zu 2011. Dass diese CDU-Forderung sich in der Neugestaltung der Regierung wiederfindet, kann zwar einerseits als Erfolg für die Union und *Lorenz Caffier* gewertet werden; dass andererseits mit *Patrick Dahlemann* ein junger SPD-Abgeordneter den Posten übernimmt, sichert jedoch der Sozialdemokratie die Aufmerksamkeit auf diesem Feld. Die Entwicklung des ländlichen Raums insbesondere im östlichen Landesteil Vorpommern scheint sich als ein Kernthema für die Wahlperiode zu entwickeln.²¹

Tabelle 9: Das mecklenburg-vorpommersche Kabinett (Stand: 22. Oktober 2016)

Ministerpräsident für Mecklenburg-Vorpommern	<i>Erwin Sellering</i> (SPD)
Stellvertretender Ministerpräsident sowie Minister für Inneres und Europa	<i>Lorenz Caffier</i> (CDU)
Landwirtschaft und Umwelt	<i>Till Backhaus</i> (SPD)
Energie, Infrastruktur und Digitalisierung	<i>Christian Pegel</i> (SPD)
Soziales, Integration und Gleichstellung	<i>Stefanie Drese</i> (SPD)*
Bildung, Wissenschaft und Kultur	<i>Birgit Hesse</i> (SPD)
Finanzen	<i>Mathias Brodtkorb</i> (SPD)
Justiz	<i>Katy Hoffmeister</i> (CDU)*
Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit	<i>Harry Glawe</i> (CDU)
* Neu im Kabinett Quelle: Eigene Zusammenstellung.	

Die allgemeine Verteilung der Ministerien verlief analog zur Regierungsbildung 2011. Die Neubesetzung des Justizministeriums wurde dabei für die CDU zu einem innerparteilichen Konflikt. Die der Personalentscheidung nachgelagerten internen Debatten mit der Etablierung eines „konservativen Kreises“ innerhalb des Landesverbandes spiegeln einerseits den Diskussionsbedarf der Mitglieder in Folge der abermaligen Wahlniederlage wider; anderer-

20 Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und CDU Mecklenburg-Vorpommern für die 7. Wahlperiode 2016 – 2021, Schwerin 2016, S. 5.

21 Vgl. CDU Mecklenburg-Vorpommern 2016, S. 5; im Rahmen der Koalitionsvereinbarung von SPD und CDU wurde der Posten mit *Patrick Dahlemann* (SPD) besetzt, vgl. *Gabriel Kords*, Ein Junge von hier soll Vorpommern aufmöbeln, in: Nordkurier vom 19. Oktober 2016, S. 13.

seits bleibt die Profilbildung der CDU Mecklenburg-Vorpommern durch die neue Gruppierung abzuwarten.²²

Die AfD in Mecklenburg-Vorpommern errang mit ihrem Wahlergebnis den Status der zweitgrößten Fraktion im Schweriner Landtag, was ihr entsprechend Positionen in Ausschüssen und Anteile an Redezeiten sichert. Die 18 Abgeordneten, unter denen nur eine Frau ist, betraten zur Konstituierung des Landtages parlamentarisches Neuland, da sich etwaige politische Erfahrung bisher auf die kommunale Ebene bezogen hatte. Spitzenkandidat *Holm* wurde zum Vorsitzenden der Fraktion gewählt. Die Partei befindet sich im Aufbau ihrer parlamentarischen Arbeitsfähigkeit und wird sich mittelfristig daran messen lassen müssen, ob sie dem Muster von Provokation zur Aufmerksamkeitsgenerierung – wie es aus anderen Landtagen bekannt ist – treu bleibt oder sich der Herausforderung stellt, ein eigenes landespolitisches Profil auszuprägen.

Die Linkspartei vollzog mit der deutlich verkleinerten Fraktion zunächst einen personellen Wechsel und ersetzte ihren langjährigen Fraktionsvorsitzenden und ehemaligen Arbeitsminister (1998 bis 2006) *Holter* durch *Simone Oldenburg*, die bisher bildungspolitische Sprecherin gewesen war.²³

AFD und Die Linke stehen im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern nicht nur in Opposition zu den Regierungsfractionen, sondern sehen sich gleichfalls auf verschiedenen Seiten einer ideologischen Barrikade. Das wirft die Frage auf, inwieweit eine koordinierte Gegenarbeit in der 7. Wahlperiode zu erwarten ist.

Erwin Sellering stellte Anfang Dezember 2016 in seiner Regierungserklärung die Schwerpunkte der Regierungsarbeit bis 2021 vor. Neben vielen Kontinuitäten in Fragen von Wirtschaft, Finanzen und Sozialem fällt der Gedanke einer neuen Dialogkultur auf. Die im Koalitionsvertrag festgehaltenen Möglichkeiten (Bürgerversammlung und Volksbefragungen) sowie die Zusammenarbeit im Parlament (Diskussion von Oppositionsvorlagen) wurden vom Ministerpräsidenten herausgestellt.²⁴ Ob dies in der zukünftigen Landespolitik eine Umsetzung erfährt, wird sich neben der Arbeit der Regierung auch am inhaltlichen Gehalt der angekündigten Verfassungsänderung messen lassen, mit der Volksbefragungen in Mecklenburg-Vorpommern eingeführt werden sollen.

22 Der Jurist *Sasch Ott* (CDU) war als Justizminister nominiert, wurde dann aber von der Parteiführung zurückgezogen, vgl. *Benjamin Fischer* / *Frank Pubantz*, Vor dem Parteitag: CDU zieht Ott als Justizminister zurück, in: Ostsee Zeitung vom 22. Oktober 2016, S. 1; zu den Gründen vgl. *Uwe Reiffenweber* / *Iris Leithold*, CDU-Ministerkandidat stolpert über Facebook-Like für AfD, in: Nordkurier vom 24. Oktober 2016, S. 1; sowie zur Gründung des „Konservativen Kreises“, vgl. *Katharina Degross*, CDU: Mehr Gewicht für konservative Werte, in: Ostsee Zeitung vom 15. Dezember 2016, S. 13.

23 Vgl. *Stefan Ludmann*, MV-Linksfraktion: „Palastrevolte“ gegen Holter, in: NDR vom 27. September 2016, <http://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/MV-Linksfraktion-Palastrevolte-gegen-Holter,linke538.html> (Abruf am 2. Oktober 2016); „Es gab keine Palastrevolte“ – Interview mit *Simone Oldenburg* (Die Linke), in: Schweriner Volkszeitung vom 14. Oktober 2016, S. 4.

24 Vgl. „Mecklenburg-Vorpommern – Zusammenhalt bewahren, Gemeinschaft stärken“ – Regierungserklärung von Ministerpräsident *Erwin Sellering* zu Beginn der 7. Wahlperiode 2016–2021 in Mecklenburg-Vorpommern am 7. Dezember 2016, <http://www.regierung-mv.de/static/Regierungsportal/Ministerpr%C3%A4sident%20und%20Staatskanzlei/Dateien/pdf-Dokumente/Regierungserkl%C3%A4rung%20final.pdf> (Abruf am 20. Dezember 2016).

5. Zusammenfassung

- (1) Der Wahlkampf in Mecklenburg-Vorpommern war durch einen themenbezogenen Bundestrend um die Fragen von Geflüchteten, Zuwanderung und Integration geprägt. Die damit einhergehende Polarisierung überlagerte landespolitische Themen, was letztlich zu einer Steigerung der Wahlbeteiligung – ähnlich der Landtagswahlen vom März 2016 – führte.
- (2) In der Dynamik des Wahljahres gelang es der SPD über eine personenzentrierte Kampagne den Ministerpräsidentenbonus für das Image einer „Landespartei“ zu nutzen. Die Sozialdemokraten erreichten damit, unterstützt durch einen Zulauf aus dem Linken Lager, eine Mobilisierung ihrer fragilen Wählerschaft.
- (3) Die CDU bleibt auf „historischer Talfahrt“. Der Landesverband bemühte sich zwar um eine thematische Profilierung bei Fragen der Inneren Sicherheit, doch gefangen im „Kanzlerinnendilemma“ trug diese Strategie nicht bis zum Wahltag. Mit Blick auf das Landesergebnis ist zumindest temporär die überkommene Struktur der „Vorpommernpartei“ gebrochen.
- (4) Die Linke fährt ihr historisch schwächstes Ergebnis im Bundesland ein. Es gelingt ihr ähnlich wie 2011 nicht, neue Wählergruppen zu erschließen. Sie verliert vor allem Proteststimmen an die AfD, und die Ausrichtung auf eine mögliche Regierungsbeteiligung führte zu keinem weiteren Stimmenzuwachs.
- (5) Bündnis 90/Die Grünen scheitern mit rund 1.500 Stimmen am Wiedereinzug in den Landtag. Das Wählerpotential von 2011 konnte trotz aktiver und öffentlich wahrgenommener Oppositionsarbeit nicht gebunden werden. Die Partei profitiert nicht von einer AfD-Gegenmobilisierung und verliert gleichzeitig Stimmen im Linken Lager und mit der Tierschutzpartei an eine „Ökologische Alternative“.
- (6) Der FDP gelang zwar ein hör- und sichtbarer Wahlkampf mit der Ausrichtung auf „German Mut“, mit neuen Farben und einer weiblichen Spitzenkandidatin; dennoch und trotz (absolutem) Stimmenzuwachs scheiterte sie klar an der Fünf-Prozent-Hürde. Für Landtagswahlen in ostdeutschen Flächenländern bleibt die Abhängigkeit vom Bundestrend signifikant.
- (7) Die NPD verpasste den Wiedereinzug in den Schweriner Landtag. Sie verlor rund 20.000 Wähler allein an die AfD, die das Protestvehikel der Wahl war. Im Konkurrenzverhältnis zur AfD wurde die Partei zwar nicht marginalisiert, aber entscheidend in der notwendigen Mobilisierung gehemmt.
- (8) Der AfD gelang ähnlich wie bei den Märzahlen 2016 eine Mobilisierung über die Frage der Flüchtlingspolitik, gepaart mit Elementen der Parteien- und Politikverdrossenheit gegenüber den „Altparteien“ sowie dem Rückbezug auf die „Wende“ von 1989/90. Die betriebene Stimmenmaximierung als Protestvehikel stellt jetzt eine Herausforderung für die weitere Entwicklung von Fraktion und Partei dar.
- (9) Die Fortsetzung der Großen Koalition spiegelt trotz der Zäsur im Wahlergebnis die mögliche Kontinuität in der Landespolitik wider. Im neuen Vier-Parteien-Landtag wird neben dem Auftreten der AfD als stärkste Oppositionsfraktion auch der Stil der Regierungsfractionen – im Sinne des Versuchs neuer Dialogformen – ein wichtiger Gradmesser für den Charakter der Wahlperiode werden.